Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 12.—, auswärts 12.45 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 60 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826

Fernsprecher 29

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold

Postscheckkonto: Stuttgart 5113

Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung K. [illegible]

Nr. 149 — Donnerstag den 30. Juni 1921 — 95. Jahrgang

Unternehmergewinn und Teuerung.

Sehr viel hört man die Ansicht, daß Lohnforderungen und Erhöhungen die Quelle der Teuerung seien. Diese Ansicht ist zum mindesten nicht zu Ende durchdacht; meist allerdings ja auch nur nachgeredet. Wohl treiben Lohnerhöhungen die Preise höher, aber Lohnforderungen sind doch erst die Folge einer bereits vorhanden gewesenen Teuerung. Daß die Lohnforderungen im Durchschnitt keine unvernünftigen sind, zeigt die unbestreitbare Tatsache, daß bei einer allgemeinen Preissteigerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse um das Acht- bis Zehnfache nur eine allgemeine Steigerung der Löhne um das Fünf- bis Sechsfache erfolgt ist.

Woher stammt aber nun die bereits vorhanden gewesene Teuerung? Grundmotiv: Gewinnsucht und unberechtigter Unternehmergewinn. Damit wird ein zweiter Grund gestreift: Schiebertum und Wuchertum, die ja leider schon während des Krieges hochschossen. Weiter wurde die aufsteigende Teuerung natürlich verursacht durch die Abschneidung des Exports und die verminderte landwirtschaftliche Lebensmittelerzeugung. Diese so gesteigerte Preisbasis wurde nun nach dem Kriege, zunächst ohne jede Lohnerhöhung, noch gesteigert durch vermehrtes Schiebertum, das nach dem Zusammenbruch nun so recht durch die politische Unsicherheit und durch das Fehlen jeglicher Macht im Staate zur Blüte kam; ferner durch den eingetretenen Arbeitsunwillen, die Einführung des Achtstundentages und dann natürlich auch durch den Rohstoff- und Kohlenmangel, eine Folge des Schandfriedens von Versailles, der nur durch einen Erzberger-Waffenstillstand ermöglicht wurde. Letzten Endes hat aber auch unsoziale Gewinnsucht und unberechtigter Unternehmergewinn in hohem Maße das Entstehen der Teuerung begünstigt. Es ist nicht Gegenstand des Themas, zu untersuchen, inwieweit und wodurch die unheilvollen Folgen der politischen Unsicherheit, des Schiebertums, des Arbeitsunwillens, des Rohstoffmangels und der verminderten Lebensmittelerzeugung beseitigt oder wenigstens gemindert werden können, sondern es soll hier hauptsächlich auf den Punkt eingegangen werden, der den Angestellten am meisten interessiert: unberechtigter Unternehmergewinn und Gewinnsucht im schlechten Sinne. Wir haben letztere kraß gesehen während des Krieges und sehen sie auch heute noch bei vielen großen und kleinen Unternehmen. Wenn nun der Unternehmer, wie man vermuten darf, im allgemeinen in den rechtsstehenden „nationalen Kreisen und Parteien gesucht werden muß, so scheint in seiner oft gezeigten Gewinnsucht und in seinem gleichzeitig national ausgerichteten politischen Bekenntnis ein Widerspruch zu liegen, den der Untertanenverstand sich nicht erklären kann. Es ist doch ohne Zweifel ein merkwürdiger Widerspruch, wenn man mit der rechten Hand ein Plakat hochhält, auf dem geschrieben steht: „Wir müssen um die Seele des Arbeiters ringen", und ähnliche auch sehr beherzigenswerte Sätze, und mit der linken Hand übermäßig hohen Gewinn einstreicht, den der Arbeiter oder Angestellte mitverdienen hilft. Ich sage hilft, denn es sei durchaus zugegeben, daß der Unternehmer mit seiner geistigen Arbeit, seinem Wagemut und seinem Scharfblick, seiner Sachkenntnis einen großen Teil zum Herausspringen des Gewinns beiträgt. Darum ist auch der Gewinn als solcher, als Lohn für die Arbeit des Unternehmers ein durchaus gerechtfertigter, und kein vernünftig denkender Angestellter oder Arbeiter wird dies bestreiten. Aber dieser Unternehmerlohn muß eben ein angemessener bleiben, genau so, wie er, der Unternehmer, von seinen Arbeitern verlangt, daß diese sich mit einem angemessenen Lohn bescheiden, was ja an sich auch wieder gerechtfertigt ist, denn ein ungelernter Arbeiter kann trotz „der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt", nicht den gleichen Lohn verlangen, wie jemand, der viele Jahre seines Lebens erst einmal dazu verwandt hat, etwas zu lernen. Muß es nicht jeder billigdenkende Mensch als im höchsten Grade übertrieben bezeichnen, wenn ein Unternehmer einen jährlichen Reingewinn von 1 Million und mehr hat. Nehmen wir an, er hat in seinem Betriebe 1000 Angestellte, so kann er, wenn er sich mit der Hälfte, also 500 000 M bescheidet, jedem seiner Angestellten jährlich 500 M zukommen lassen und sei es in Form eines Sparguthabens. Dies nur als willkürliches Beispiel, das sich sicherlich gerade heute beliebig nach oben variieren läßt. Oder aber, wenn er das nicht will, bleibt immer noch ein Eingreifen des Staates übrig, den unberechtigten Unternehmergewinn durch Steuern der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Hand in Hand damit ginge ein bis zur Messerschärfe angezogenes Schieber- u. Wuchergesetz.

Es würde sich vielleicht eine Art Tarifierung des berechtigten Unternehmergewinns mit Nominalgrenzen empfehlen, die sehr wohl noch Kapitalsansammlungen zu neuen produktiven Unternehmungen und Gründungen zuließe, die aber andererseits so gehandhabt werden müßte, daß nicht die Unternehmungslust- und Initiative geschwächt wird.

Hier setzt ja allerdings bereits das Betriebsräte-Bilanz-Gesetz ein. Aber welcher erfahrene kaufmännische Angestellte glaubt denn im Ernst, daß damit dem Uebel an die Wurzel gegangen wird. Außerdem bedeutet gerade das Betriebsräte-Bilanz-Gesetz die Gefahr einer Lähmung der Unternehmerinitiative. Ferner liegt auch die Gefahr nahe, daß wenn ein auf diese Weise nachgewiesener übertriebener Gewinn zu ernennen — in diesem Falle allerdings berechtigten — Lohnforderungen führt, diese auch in anderen verwandten Betrieben einsetzen, die mit normalem Gewinn gearbeitet haben.

Wenn man von berechtigtem und unberechtigtem Unternehmergewinn spricht, so muß eine Grenze da sein, wo jener aufhört und dieser beginnt. Um auf das Betriebsräte-Bilanz-Gesetz zurückzukommen: Soll das Recht diese Grenze zu bestimmen, vielleicht in den Händen eines aus oft recht zweifelhaften Elementen zusammengesetzten Betriebsrates liegen, der oft nur von parteipolitischer Verhetzung geleitet wird, oder in Händen von „paritätischen" Ausschüssen, deren wirkliche Parität meist sehr zweifelhaft ist? Da müßte es doch eine dahinlautende Erweiterung des Gesetzes oder ein neues, gesetzliches System geben, das diese Grenze festlegt. Damit kämen wir wieder dem Gedanken einer Gewinntarifierung näher.

Es bleibt zunächst also nur ein Mahnruf an die mit übertriebenem Gewinn arbeitenden Unternehmer übrig. Ein angemessener Gewinn, der ein gewisses Wohlleben als „Aufwandsentschädigung" zuläßt und auch, wie vorhin gesagt, Kapitalsansammlungen zu allgemeinnützlichen Zwecken nicht ausschließt, sei zugestanden, aber was darüber ist, ist vom Uebel. Sache des Staates ist es nun, soweit der Unternehmer nicht von sich aus zu dieser Anschauung kommt, ihn dazu zu erziehen.

E. M.

Kleine politische Nachrichten.

England und Japan.

London, 28. Juni. Im Unterhaus fragte ein Abgeordneter, ob die Regierung die Ver. Staaten verständigt habe, daß Großbritannien im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges Japan keinesfalls unterstützen werde. Chamberlain antwortete: die Ver. Staaten seien bezüglich der tatsächlichen Verhältnisse so vollkommen auf dem Laufenden, daß es nicht notwendig erscheine, sie durch amtliche Noten zu unterrichten.

London, 28. Juni. Daily Expreß zufolge hat die britische Regierung der japanischen Regierung vorgeschlagen, daß der Bündnisvertrag vom Juli ab weitere drei Monate in Kraft bleibe, während die Konferenz der Premierminister der Dominions ihre Erörterungen über die Frage abschließen.

Englands und Frankreichs Haltung in der griech. Frage.

London, 29. Juni. Die englische und die französische Regierung sind sich in der Haltung gegenüber Griechenland nicht einig. Während England nach dem Scheitern der Vermittlungsaktion abwarten will, um im geeigneten Augenblick mit einem neuen Angebot auf den Plan zu treten, geht die französische Ansicht dahin, daß nunmehr Maßnahmen ergriffen werden müßten, um dem unsicheren Zustand im Orient ein Ende zu machen.

Einstellung der Hinrichtungen in England.

London, 29. Juni. Die englische Regierung hat die Einstellung der Hinrichtungen angeordnet für die Dauer der Verhandlungen, die eröffnet werden sollen. Die englische Regierung schlägt den Iren ein eigenes nationales Parlament vor. Die Sinnfeiner würden eine Autonomie Irlands, als Dominion annehmen.

Die Eröffnung des südirischen Parlaments.

London, 29 Juni. Gestern fand in Dublin die Eröffnung des südirischen Parlaments statt, und zwar in Anwesenheit der 15 von der Krone ernannten Senatoren und der unionistischen Abgeordneten. Sämtliche nationalistischen Abgeordneten und Sinn-Feiner hatten sich der Eröffnung ferngehalten.

Streik der Polizei — und Feuerwehrleute in Tibet.

London, 29. Juni. Aus Tibet wird gemeldet, daß seit Sonntag nacht die Stadt infolge Streiks von 190 Feuerwehrleuten und 140 Polizisten ohne jede Sicherheit ist.

Die französische Presse zu dem Rücktritt Giolittis.

Paris, 29. Juni. Der Rücktritt des Kabinetts Giolitti stößt der französischen Presse einige Besorgnis ein. So schreibt u. a. der „Petit Parisien": „Es wäre bedauerlich, wenn der Rücktritt Giolittis und Sforzas eine Aenderung in der Richtung der italienischen Politik herbeiführen würde. Es ist schwer, eine gewisse Unruhe los zu werden, wenn man erfährt, daß die italienische Ministerkrisis infolge der Debatte über die auswärtige Politik und nach den Reden des Grafen Sforza und Giolitti ausgebrochen ist." „Echo de Paris" kommt nach längerer Kritik zu dem Schluß: „Die gemäßigte und verbindliche Politik, die das Ministerium Giolitti seit einem Jahre getrieben hat, werde sich mit der Zeit rechtfertigen und wir haben das Vertrauen, daß sie den Sieg davon tragen wird. Nichtsdestoweniger bleibt es wahr, daß sich besonders in der oberschlesischen Frage die Aufgabe der französischen Unterhändler durch die italienische Ministerkrise außerordentlich erschweren kann.

Die Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks.

London, 29 Juni. Die Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks findet in der gesamten gestrigen Abendpresse größte Beachtung. Die Blätter melden, daß die Bergarbeiter die Arbeit sofort wieder aufnehmen wollen. Es fehlt jetzt nur noch die Genehmigung des Parlaments für die Beihilfe von zehn Millionen Pfund Sterling, die Lloyd George bei den gestrigen Verhandlungen den Bergarbeitern erneut angeboten hat. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter erklärten gestern Nachmittag, daß die Mehrzahl der Arbeiter am Montag wahrscheinlich die Arbeit wieder aufnehmen werde. Die Bergarbeiter haben, wie berichtet wird, einer sofortigen Herabsetzung des augenblicklichen Tagelohns um zwei Schilling und einer weiteren Verminderung um sechs Pence im August und weiterer sechs Pence im September zugestimmt. Danach tritt das dauernde Abkommen in Kraft.

Erleichterungen im schweizerischen Fremdenverkehr.

Der schweizerische Bundesrat hat einen Beschluß gefaßt, wonach die polizeiliche Anmeldung innerhalb 48 Stunden nach Grenzübertritt für Ausländer vom 1. Juli an nicht mehr notwendig ist. Ausländer, die sich nicht länger als acht Tage in der Schweiz aufhalten, sind von der polizeilichen Meldepflicht befreit, gleichgültig ob sie im Hotel oder privat wohnen. Ausländer, die zu anderen Zwecken als zum Stellenantritt, zur Arbeitsübernahme oder zur Wohnsitznahme eingereist sind und in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Sanatorien oder ähnlichen Anstalten wohnen, sind für die ersten drei Monate nach Grenzübertritt von der Pflicht zur Anmeldung bei der Ortspolizeibehörde befreit. Alle anderen Ausländer haben sich spätestens am achten Tag nach Grenzübertritt unter Vorlage des Ausweispapiers bei der Polizeibehörde ihres Aufenthaltortes anzumelden. Die Anmeldung wird im Ausweispapier eingetragen.

Ein deutsch-französisches Zusammenarbeiten zum Wiederaufbau Rußlands?

Paris, 29. Juni. Falls Rathenau zu den deutsch-französischen Besprechungen nach Paris kommen sollte, würde er ein deutsch-französisches Zusammenarbeiten zum Wiederaufbau Rußlands vorschlagen und dabei betonen, daß Deutschland ohne die russischen Hilfsquellen nicht zahlen kann.

Die polnische Valuta.

Berlin, 29. Juni. Der Sturz der polnischen Valuta geht unaufhaltsam weiter. Koscazks-Noten wurden gestern an der Berliner Börse mit 3,85 bis 4,05 berechnet.

Polen-Terror im Kreis Rybnik.

Ratibor, 29 Juni. Hier eintreffende Flüchtlinge berichten, daß die Polen im Kreis Rybnik neue Truppenzusammenziehungen vornehmen. Ueberall setzt erneuter Terror ein. Die Polenführer kündigen für den Fall des Mißlingens schärfsten Kampf an.

Die Räumung Oberschlesiens durch Selbstschutz und Insurgenten.

Der oberschlesische Berichterstatter des „Vorwärts" meldet, daß die fristgemäße Räumung des vom deutschen Selbstschutz besetzten Gebiets ordnungsmäßig vollzogen worden ist. In dem von den Polen geräumten Gebiet sind bisher nur die Städte von alliierten Truppen besetzt worden. Es besteht daher große Gefahr, daß in den ländlichen Bezirken, die ungeschützt sind, die Unruhen wieder aufflammen werden, wenn die alliierten Truppen ihnen nicht baldigst sicheren Schutz angedeihen lassen.

Der pensionierte Reichskanzler.

Zu der kürzlich durch die Blätter gegangenen Meldung, daß dem ehemaligen Reichskanzler Fehrenbach ein lebenslängliches Ruhegehalt von jährlich 45 000 M zugesprochen sei, wobei ihm die Jahre seiner Praxis als Rechtsanwalt angerechnet wurden, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß nach dem Reichsbeamtengesetz bei Festsetzung des pensionsfähigen Dienstalters die Zeit der Beschäftigung bei den Staats- und Kommunalbehörden und zwar auch als Rechtsanwalt, angerechnet werden kann. Eine solche Verfügung unterliegt jedoch der Zustimmung des Reichsrates. Bei dem früheren Reichskanzler Fehrenbach hat der Reichsrat die Anrechnung der Hälfte dieser Zeit gebilligt.

Zusammenstoß zwischen Bauern und Schupo.

Frankfurt a. M., 29 Juni. Das Landessiedelungsamt hatte der wiesenarmen Gemeinde Oberhoergern 22 Morgen Wiesen aus der Gemarkung Ruenzenburg zugewiesen. Die darüber erbitterten Ruenzenburger Bauern mähten darauf nachts die Wiesen ab. Gendarmen und grüne Polizei, insgesamt etwa 20 Mann, versuchten den Abtransport zu verhindern. Etwa 500 Bauern stürzten sich auf sie. Beiderseits fielen Schüsse. Ob und wie viele Verletzungen vorgekommen sind, ist noch unbekannt. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Der Stand der deutschen Kohlenförderung.

Berlin. In der gestrigen Vollversammlung des Reichskohlenrats erklärte der Geschäftsführer, Berghauptmann Bennhold, in seinem Bericht über die Kohlenlage, daß vor allem in den Leistungen des Steinkohlenbergbaus ein erfreulicher Aufstieg zu verzeichnen sei, daß aber die Förderung hinter der der letzten Friedensjahre noch um 20 Proz. zurückbleibe. Die Braunkohlenbrikettserzeugung übersteige die Produktion des Jahres 1913 um etwa ein Drittel. Angesichts der schlechten Kohlenversorgung in Deutschland forderte der Redner wenigstens eine vorübergehende Ueberarbeit im Ruhrbergbau, zum mindesten bis zur Beilegung der oberschlesischen Krise.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Erhöhte Kohlenforderungen der Entente?

Berlin, 29. Juni. Das „Pariser Journal" meldet: Die Alliierten haben Deutschland zu neuen Verhandlungen über die Neuregelung der Kohlenlieferungsfrage eingeladen. Von der Entente ist in Aussicht genommen, die bisher von Deutschland zu liefernden Kohlenmengen von 2 400 000 Tonnen auf 2 600 000 Tonnen pro Monat zu erhöhen.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 30. Juni 1921.

Wer von heute ab den „Gesellschafter" neu bestellt, erhält von uns die seitherigen Teilerscheinungen unseres neuen Romans „Liebe erweckt Liebe" auf Wunsch kostenlos nachgeliefert.

* **Zum Gustav-Adolf-Fest.** Aus Nr. 2 der eben erschienenen Gustav-Adolf-Blätter können wir entnehmen, mit welch freundlichen Gefühlen man in den Kreisen des G. Ad.-Vereins dem herannahenden Landesfest in unserer Stadt entgegensieht. Wir lesen dort: Seit 1881, also seit 40 Jahren, ist der Gustav Adolf-Verein nicht mehr in Nagold gewesen. Dazwischen war er nur einmal, im Jahre 1899, im benachbarten Calw. Darum begrüßen wir es mit ganz besonderer Freude, daß der Verein mit seinem Liebeswerk an den Glaubensbrüdern in der Zerstreuung zu so schwerer Zeit einmal wieder in der schönen Schwarzwaldstadt einkehren darf. Möge so warm und freundlich, wie die Einladung auch die Teilnahme an der Brüder Not sich gestalten. Denn die Not ist groß. Der Gustav Adolf Verein hat durch den Weltkrieg und seine Folgen nicht nur Gebiete verloren, wie unsere Schutzgebiete, zu denen er übrigens wieder etwas Zugang hat, und Elsaß Lothringen, sondern noch viel mehr Arbeitsgebiete teils neu bekommen, wie das Baltenland, teils in alten neue schwere Aufgaben, wie im entrissenen Posen, in der neuen deutschen Kirche der Tschecho-Slowakei, im rumänisch gewordenen Siebenbürgen und vielen anderen Ländern, besonders im Osten. Die evangelisch kirchliche Ostlandsnot ist ungeheuer und schreit nach Hilfe. Nagold ist eine der Städte in unserem Lande, die durch ihren Missionssinn rühmlich bekannt sind. Da darf wohl einmal darauf hingewiesen werden, wie Mission und Gustav Adolf-Verein zusammengehören. Wo eine evangelische Gemeinde oder, wie es jetzt vielfach ist, eine ganze evangelische Kirchengemeinschaft in bittere Not gerät oder gar der Not erliegt und sich auflöst, da geht der Missionsarbeit kostbares Hinterland, eine Quelle, aus der die Missionsgaben fließen, verloren. Diese Gefahr ist aber groß bei den evangelischen Gemeinden und Kirchen in der Zerstreuung, der „Diaspora". Gerade in diesen Diasporagemeinden, den alten, frommen Bauerngemeinden im polnischen und russischen Osten, in Siebenbürgen und sonst, aber auch in den alten und jungen evangelischen Gemeinden Oesterreichs ist viel treuer Missionssinn. Können sie sich nicht erhalten, so können sie auch für die Mission nichts mehr tun. So reicht eine Liebesarbeit in Gottes Reich der andern die Hand. Möge das auch am 12. Juli in Nagold geschehen! Gott segne unsere Versammlung in der gastfreien Stadt! K. H.

E.V.B. Wir bitten unsere mit der Haussammlung für den Gustav-Adolf-Verein betrauten Mitglieder gütig zu empfangen und nicht leer ausgehen zu lassen. — Nächsten Montag 8 Uhr abends Sitzung der Vertrauensleute.

Körperschaftsbeamten-Versammlung. Am Vormittag des Peter u. Paul Feiertages war das Rathaus in Nagold der Versammlungsort des Bezirksvereins der Körperschaftsbeamten. Einleitend mit einer Begrüßungsansprache, Ehrung des im Berufsdienst verschiedenen Kollegen Weippert-Sulz und Beglückwünschung der Ortsvorsteher von Egenhausen und Enztal zur Wiederwahl, gab der Vorsitzende Stadtschultheiß Maier-Nagold zunächst einen Ueberblick über die wichtigsten Bestimmungen des auf 1. April 1920 rückwirkenden Besoldungsgesetzes für Körperschaftsbeamte, deren nunmehrige Ausführung den Gemeinde- und Körperschaftsverwaltungen obliegt. Wichtig und ernst war die allgemeine Aussprache über den Maßstab der dienstlichen Inanspruchnahme der nicht vollbeschäftigten Beamten, (Ortsvorsteher, Gemeindepfleger, Amts- u. Polizeidiener etc.) die schließlich zu einer Einigung mit den anwesenden Beamten des Oberamts führte. — Der Entwurf des Sicherungsgesetzes für auf Zeit gewählte Ortsvorsteher erscheint ungenügend, es wird ein Gesetz mit den Mindestforderungen der württ. Ortsvorstehervereinigung erwartet. Bezüglich der Haftpflichtversicherung der Gemeinden soll der Anschluß an den Württ. Gemeindeversicherungsverein e. G. erstrebt werden. Schließlich wurde noch Stadtschultheiß Bernhardt-Haiterbach als Bezirksvertreter zum Württ. Landgemeindetag (mit nahezu 1300 Gemeinden) und Schultheiß Schmid-Rohrdorf als Stellvertreter bestimmt. — Nachmittags vollzog sich die vorläufige Gründung eines Bezirksverbandes von Gemeinde- und Körperschaftsbeamten als Glied des Zentralverbands württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten mit Abordnung des Oberamtspflegers Rapp als Vertreter zu dem am nächsten Sonntag in Stuttgart stattfindenden Verbandstag. Sch.

* **Landwirtschaftl. Bezirksverein Nagold.** Zu dem Vortrag von Tierzuchtinspektor Mayer-Rottweil über „Viehzucht nach dem Krieg und deren Hebung durch Zuchtviehgenossenschaften" hatte der landwirtschaftliche Bezirksverein Nagold seine Mitglieder und Freunde auf den gestr. Peter und Paulfeiertag in die „Traube" eingeladen. Und sie kamen, kamen zahlreich. Oberamtstierarzt Dr. Metzger eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden. In Abwesenheit des Hauptredners ergriff zunächst Zuchtviehverbandsvorsitzender Dr. Uhland das Wort. Er führte aus, schon vor dem Krieg habe man die wachsende Bedeutung der Zuchtviehverbände eingesehen und wenn deren Emporblühen durch den Krieg und die Maul- und Klauenseuche vernichtet worden wäre, so müsse ihre Kulturarbeit jetzt von neuem wieder aufgenommen werden. Als die wichtigsten Aufgaben solcher Zuchtviehgenossenschaften, die sich wieder zu einem größeren Verband (hier: Verband für den Schwarzwaldkreis) zusammenschließen mußten, sieht der Redner u. a. das Prämierungswesen, die Farrenzucht, die Beaufsichtigung, eventuell Neugründung von Viehweiden, die Inanspruchnahme von Lehrkursen (z. B. Molkereikursen), die Aufstellung von Genossenschaftsfarren usw. an, wie das im Unterland, in Bayern und in der Schweiz zum Teil vorbildlich eingerichtet ist. Nach diesem Redner begann Tierzuchtinsp. Mayer-Rottweil sein Referat. Zunächst gab er einen kurzen Rückblick über die Anfänge der Bewegung im Bezirk Nagold, die durch den Krieg und unter den durch ihn bedingten Maßnahmen der öffentl. Wirtschaft naturgemäß sehr gelitten hatte und beim Tod des Vorstands der Zuchtviehgenossenschaft, H. Link-Tröllesho f, für den sich bis jetzt kein Ersatz finden wollte, vollends zusammengebrochen war. Hierauf ging er zu dem Thema: „Zweck und Ziel der Zuchtviehgenossenschaften" über, indem er gleich zu Anfang betonte, daß es im eigenen Interesse der Viehzüchter liege, die Sache in die Hand zu nehmen und je bälder das geschehe, desto besser. In Nagold müsse ja so ziemlich wieder von vorne angefangen werden. Eine Vereinigung von Viehzüchtern — es liege nicht so sehr an der Zahl als an der Gewissenhaftigkeit der Mitglieder — müsse im Auge haben, besonders leistungsfähige Tiere heranzuzüchten. Die Leistungsfähigkeit erstrecke sich auf die Milch, das Fleisch und die Arbeitsleistung. Das neue Zuchtziel für Fleckviehzuchtverbände sehe auf verhältnismäßig kleingebaute, kurzfüßige, breitbrüstige Tiere. Je nach den Bedürfnissen des Bezirks seien Abweichungen von diesem Ziel erlaubt; Nagold z. B. sehe vielleicht hauptsächlich darauf, Tiere zu züchten die möglichst viel Milch liefern; der Redner empfiehlt sodann, auf Hochbeinigkeit und schönen Rücken, wie auch auf die bevorzugte ledergelbe bis rotbraune Farbe, keinen allzugroßen, wenigstens keinen ausschließlichen Wert zu legen u. darüber die übrigen Vorteile bezw. Fehler außer Acht zu lassen. Auf die Geschäftsführung im einzelnen Bezirk übergehend befürwortete der Redner die Wiederaufnahme bezw. den Ausbau des Prämienwesens, das einen nicht zu mißenden Ansporn für die Züchter darstelle. Auch hier müsse der Landwirt selbst anfangen, da der Staat zu Unterstützungen nicht mehr das Geld habe wie früher. Einen anderen Ansporn dürften in noch festzusetzenden Zwischenräumen abzuhaltende Bezirksrindviehschauen bilden, denen sich später einmal Landesschauen anschließen könnten. Daß die Farrenhaltung durch den Krieg sehr heruntergekommen ist, ist eine alte Geschichte. In Zukunft müsse hauptsächlich beim Farreneinkauf darauf gesehen werden, folgenschwere Fehler zu vermeiden. Der Landwirt habe das Recht, von einer Gemeinde, der er Steuern zahlt, eine gute Farrenhaltung zu verlangen. Es müsse auf Tiere mit reiner Abstammung gesehen werden. Ein wichtiger Punkt sei schließlich noch für die Durchführung einer straffen Zucht die Aufstellung und Entschädigung von Obmännern, die vierteljährlich nach den Kälbern zu schauen und wenn Stallbuch usw. richtig befunden sei, sie mit den Ohrmarken zu versehen hätten. Im Farrenstall müßten Deckscheine ausgestellt werden, die als Urkunden gälten. Schließlich betonte der Redner nochmals, daß für die Zuchttiere die Abstammung gewissenhaft in Betracht gezogen werden müsse, eine Regel, die man freilich in Anbetracht der Verhältnisse in den ersten Jahren mit Freiheit auszulegen gezwungen sein werde. Der Vortragende drückte die Erwartung aus, daß sich zwischen Verbandsgeschäftsstelle, Zuchtgenossenschaft, Sekretären, Obleuten und Züchtern ein friedliches Zusammenarbeiten erzielen lasse und schloß mit der Hoffnung, daß vom gestrigen Tag ab die Viehzuchtgenossenschaft Nagold, die ja nie ganz zu existieren aufgehört hatte, wieder neu und kräftiger und leistungsfähiger bestehe, eine würdige Genossin der übrigen Fleckviehzuchtverbände des Landes. Der Vorsitzende des landwirtschaftl. Vereins Kleiner-Ebhausen dankte dem Redner für seine Ausführungen. In der anschließenden Diskussion wurde die schon vom Vorredner aufgeworfene Frage der Vorstandschaft des neuen Vereins [illegible]elt und darauf hingewiesen, daß derselbe aus naheliegenden Gründen kein Landwirt sein sollte. Unter allgemeiner Zustimmung einigte man sich auf die Wahl des Oberamtstierarztes Dr. Metzger, der die Wahl dankend annahm und das dadurch bezeigte Vertrauen rechtfertigen zu können hoffte. Auch Dr. Uhland forderte in einem Schlußwort die Anwesenden auf, der neuen Organisation beizutreten und für sie zu werben. Ueber die notwendige Finanzierung des Unternehmens machte der Vorstand des landw. Bezirksvereins, Kleiner Ebhausen, einige Angaben. Damit schloß der offizielle und Hauptteil der stark besuchten und anregend verlaufenen Versammlung. Nachher wurden noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht.

r **Entschuldungs-Beihilfen bei Wiederverheiratung einer Witwe.** Ueber die Frage, ob bei Wiederverheiratung einer Witwe die Entschuldungsbeihilfen zurückbezahlt werden müssen, hat das Landgericht III in Berlin eine Entscheidung gefällt, der nach den Blättern für Rechtspflege folgender Sachverhalt zugrunde lag: Eine Lehrerswitwe in Spandau hatte sich am 10. Juni 1919 wieder verheiratet. Am 13. Juni beschloß die Gemeinde Gewährung einer einmaligen Entschuldungsbeihilfe, die auch im Betrag von 600 ℳ an die wiederverheiratete Witwe gezahlt, dann aber von der Gemeinde im Klageweg als „ungerechtfertigte Bereicherung" zurückgefordert wurde. Während das Amtsgericht die Witwe zur Herausgabe verurteilte, hob das Landgericht in der Berufung das Urteil auf und wies die Klage ab, indem es ausführte, daß eine Zahlung nicht zurückgefordert werden könne, wenn ihre Leistung einer sittlichen Pflicht entsprochen habe. Es sei Pflicht der Gemeinde, ihre Beamten so zu stellen, daß sie auskommen könnten. Das sei, wie schon der für die Unterstützung gewählte Name „Entschuldungsbeihilfe" erkennen lasse, während des Krieges nicht geschehen. Es sei erforderlich gewesen, die Beamten von Schulden zu befreien, zu denen sie gezwungen gewesen seien, weil die Gemeinde sie nicht ausreichend besoldet habe. Durch die Zahlung der Gemeinde habe also die Witwe nur das erhalten, was die Gemeinde ihr auf Grund einer sittlichen Pflicht längst geschuldet habe. Der Rückforderungsanspruch sei daher nach § 814 des BGB. unbegründet. (Urteil des Landgerichts III Berlin vom 2. 2. 1921 45. S. 50/31.

* **Warnung vor Mädchenhändlern.** Trotz vielfacher Aufklärung und zahlreicher sozialer Einrichtungen zum Schutze junger Mädchen fallen doch noch tausende alljährlich den Schlichen und Netzen der niedrigsten und verabscheuungswürdigsten Klasse von Menschen, den Mädchenhändlern und in letzter Zeit besonders den Mädchenhändlerinnen, zum Opfer. Unter der einem arglosen Gemüt nicht erkennbaren Maske ehrlicher Stellenvermittlung und Hilfsbereitschaft locken sie ihr Opfer ins Garn. So werden in letzter Zeit häufig junge Mädchen unter der Vorspiegelung, daß sie bei guter Bezahlung und Behandlung Stellen als Hauslehrerinnen, Kontoristinnen, Ladnerinnen, Zimmermädchen usw. erhalten, in das besetzte Gebiet und in das Saarrevier gelockt. Dort werden sie den zahlreichen Bordellen, die für die französischen Kolonialtruppen errichtet wurden, übergeben und gehen dort, da ein Entkommen in den meisten Fällen nicht möglich ist, in kurzer Zeit körperlich und seelisch zugrunde. Der Kampf gegen die Mädchenhändler muß in rücksichtslosester Weise durchgeführt werden. Auf den Mädchenhandel müßte wie auf den Mord Todesstrafe gesetzt sein. Jedermann, dem das Wohl seiner Kinder am Herzen liegt, sollte im Kampfe gegen die Hyänen des Mädchenhandels mithelfen.

* **Post nach Portugal.** Vom 1. Juli an werden nach und aus Portugal wieder Nachnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen sowie auf Briefen und Kästchen mit Wertangabe und auf Paketen zugelassen.

* **Post nach Oberschlesien.** Nach einer dem Reichspostministerium zugegangenen Nachricht werden die nach dem oberschlesischen Aufstandsgebiet beförderten Postsäcke infolge Einwirkens der interalliierten Kommission auf die Aufständischen von diesen jetzt nicht mehr geprüft.

* **Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen Auslandsdeutscher im Vorentschädigungsverfahren.** Sehr viele württembergische Auslandsdeutsche haben bis heute noch nicht ihre Schadenersatzansprüche an das Reich beim Bund der Auslandsdeutschen E. V., Landesverband Württemberg, geltend gemacht, da sie der Ansicht sind, daß die seinerzeit beim Greuelkommissar gemachten Anmeldungen ausreichend sind und darauf warten, daß ihnen von der dortigen Stelle ihre Ersatzansprüche beglichen werden. Der Landesverband Württemberg macht wiederholt darauf aufmerksam, daß solche Geschädigte, die bisher nur eine Anmeldung beim Greuelkommissar erstattet haben, gut daran tun, sofort eine neue Schadenanmeldung bei der Interessenvertretung einzureichen. Wenn auch bisher von der Reichsregierung noch kein Endtermin für die Einreichung von Schadenanmeldungen bei den Interessenvertretungen gesetzt ist, so ist doch in Kürze damit zu rechnen, da sich die Arbeiten im Vorentschädigungsverfahren ihrem Ende zuneigen und das Entschädigungsverfahren in absehbarer Zeit in Kraft treten wird.

Eine Mahnung an Sommerfrischler und Ausflügler. Leider muß noch immer darüber geklagt werden, daß die Ruhebänke mutwilligerweise beschädigt oder verunreinigt, ja gewaltsam zerstört werden, ohne daß die Täter wegen groben Unfugs zur verdienten Strafe gezogen werden können. — Ein weiterer um sich greifender Unfug ist und bleibt das Wegwerfen von Papier und sonstigen Abfällen an Ruheplätzen oder deren Umgebung. Viele der Spaziergänger und Ausflügler begnügen sich nicht mit dem bloßen Wandern und Spazierengehen und mit Ausruhen auf den Sitzbänken. Sie wollen auch „die Natur genießen", indem sie sich im Schatten lagern, Vesperbrot verzehren, dabei das Einwickelpapier und Speisereste liegen lassen oder gedankenlos umherwerfen, oder Zweige nutzlos abbrechen. Alle Mahnungen in der Zeitung, derartige Unarten zu unterlassen, fruchten nichts. Das Uebel verschlimmert sich eher, denn allenthalben trifft man in Wald und Feld, in öffentlichen Anlagen auf Einwickelpapier und sonstige Papierfetzen. Idyllische Ruheplätzchen werden zu Schmutzplätzen verschandelt und so dem Ordnungsliebenden verekelt. Warum ist man „draußen" auf fremdem Gebiet unsauberer als zwischen seinen vier Wänden? Lasse jeder die Natur seine gute Stube sein, betrage man sich auf Ausflügen als gesitteter und nicht als rücksichts- und gedankenloser Unsauberkeitsmensch.

* **Geronnene Milch.** In der heißen Jahreszeit pflegen allerlei chemische Präparate, meist unter Phantasienamen und ohne Angabe der Zusammensetzung, als Zusätze zur Milch, um deren Gerinnen zu verzögern, empfohlen zu werden. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser Mittel wird gewarnt. Es ist keine chemische Substanz bekannt, die imstande wäre, die Milch frisch zu erhalten und vor dem Gerinnen zu bewahren ohne ihr gleichzeitig gesundheitschädliche Eigenschaften zu verleihen.

Berneck. Nachdem erst kürzlich die Gemeindevertretung inmitten des Orts einen Platz zur Pflege von Rasenspielen zur Verfügung gestellt hatte, konnte dieser bereits unter Beteiligung fast der ganzen Gemeinde und einer größeren Anzahl auswärtiger Interessenten durch zwei Fußballwettspiele seiner Bestimmung übergeben werden. Es spielten nach fast dauernder Ueberlegenheit Bernecks I. Mannschaft gegen Dornstetten komb. I. und 2, 4:0, und auch Bernecks II. Mannschaft gewann gegen Haiterbachs II. 4:1. Umrahmt war die Veranstaltung von der Ebhauser Musikkapelle, der Begrüßungsansprache des Herrn J. Götz und der Eröffnungsansprache des Herrn A. Mäusle, der seinen Ausführungen die Worte zugrunde legte: „Machet die deutsche Jugend körperlich stark und das deutsche Volk wird gesund und lebenstüchtig". Festdamen verkauften Blumen zugunsten des veranstaltenden Vereins. Den Abend beschloß eine kleine Tanzunterhaltung im „Löwen" und im „Waldhorn", die sich würdig dem schönen Verlauf des ganzen Tages anschloß.

Kriegerdenkmal. Haiterbach. Der Gemeinderat hat zusammen mit dem Kirchengemeinderat in einer längeren Sitzung den Bau eines Kriegerdenkmals beschlossen. Durch den wirklich einzig schönen Platz an der Kirchenmauer gegen das Rathaus und den Marktbrunnen war für Architekten und Werkmeister eine dankbare Aufgabe geschaffen, der jeder von ihnen gerecht zu werden versuchte und es ist die Auswahl unter den 9 eingegangenen Entwürfen nicht leicht geworden. Beschlossen wurde, je einen Entwurf des Bauwerkmeister Mayer von hier und der Architekten Bacher und Bernhardt in Freudenstadt näher ausarbeiten zu lassen. Welches der beiden Projekte zur Ausführung gebracht wird, soll sofort nach Vorliegen der Unterlagen bestimmt werden. Die Stadtgemeinde Haiterbach ist in der Frage der Errichtung des Kriegerdenkmals damit einen guten Schritt vorwärts gekommen.

Preisschießen. Obertalheim. Der Schützenverein Obertalheim hat in der Versammlung am 26. Juni beschlossen, sein öffentliches Preisschießen am 10. Juli abzuhalten.

Württemberg.

[†] **Unterjettingen,** 29. Juni. Beim Radsportsfest in Oberjettingen erhielt der hies. Radfahrerverein „Wanderlust" in Klasse A den 1. Preis im Korsofahren. Bei den Festen in Böblingen und Tübingen erhielt der Verein einen 2. und einen 5. Preis bei sehr starker Konkurrenz mit städtischen Vereinen.

Freudenstadt, 29. Juni. Kurdirektor Müller, ein gebürtiger Nagolder, wurde am Samstag nachmittag infolge eines Gehirnschlags mitten aus dem Leben und Beruf gerissen. Die Trauerkunde erregte große Bestürzung und Teilnahme bei Einheimischen und Kurgästen, genoß der Verstorbene doch die allgemeine Wertschätzung. Gestern wurde seine sterbliche Hülle unter ehrender Beteiligung aller Kreise der Erde übergeben. Die Trauerfeier in der Friedhofkapelle war umrahmt von erhebender Vokal- u. Streichmusik; am Grabe sprach unter Niederlegung eines prächtigen Kranzes Stadtschultheiß Dr. Blaicher als Vorsitzender des Kurvereins warme Worte der Anerkennung und des Dankes; es folgten drei weitere Kranzspenden. Auf früher geäußerten Wunsch des Entschlafenen sang ihm noch ein Doppelquartett „Im schönsten Wiesengrunde".

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Freudenstadt. Oberpräsident Roske ist zu längerem Kuraufenthalt hier eingetroffen.

r **Jugendgerichtshilfe.** Calw, 29. Juni. Auf Einladung des hiesigen Jugendamts versammelten sich neulich im Gasth. z. „Hirsch" einige Männer und Frauen, um sich von Stadtpfarrer Wilterich aus Stuttgart in die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe einführen zu lassen. Der Redner, der als Begründer der sich immer weiter ausdehnenden Jugendgerichtshilfe Württembergs gelten darf und aus voller Beherrschung des Stoffs schöpfte, führte sowohl durch einen geschichtlichen Rückblick auf das Entstehen jener Bewegung als auch durch Aufzeigen der Mängel, die sich durch Anwendung des für die Erwachsenen bestimmten Strafrechts auf Jugendliche ergeben, vor, was die Jugendgerichtshilfe will: sie sucht auch straffällig gewordene Jugendliche erzieherisch zu beeinflussen, und den üblich gewordenen Strafaufschub als Erziehungsmittel voll auszunützen. Es wurde nachgewiesen, daß eine solche Organisation auch in Calw Betätigungsmöglichkeit habe. An Beispielen aus des Redners langjähriger Erfahrung wurde veranschaulicht, wie die Helfer persönlich tätig werden und welche Erfolge sie erringen können. Die Anwesenden überzeugten sich von der Bedeutung der Jugendgerichtshilfe und beschlossen, sich unter Leitung des Jugendamtsvorstandes Sittel zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

r **Hitzschlag.** Calw, 29. Juni. Der 18 Jahre alte Sohn des Mechanikers Hoyer erlitt auf einem Radausflug einen Hitzschlag. Er wurde bewußtlos nach Hause gebracht.

r **Die neue Getreideordnung.** Stuttgart, 29. Juni. Wegen des Umlageverfahrens soll Württemberg heuer 159 040 Doppelzentner Getreide aufbringen. Die Umlage wird unter Berücksichtigung des Kleinbesitzes auf die Kommunalverbände verteilt. Diese nehmen die Unterverteilung auf die Gemeinden oder unmittelbar auf die Erzeuger vor. In Württemberg ist in Aussicht genommen, die Gemeinden als Zwischenglieder einzuschalten, so daß also die Gemeinden die Unterverteilung auf die einzelnen Landwirtschaftsbetriebe vorzunehmen haben. Die Umlage kann wahlweise durch die Lieferung von Brotgetreide, Gerste oder Hafer erfüllt werden. Die Haferlieferung wird aber nur zu drei Fünftel auf die Umlage angerechnet. Die Ablieferungen haben zu einem Viertel bis 15. Oktober, bis zur Hälfte bis zum 15. Dezember und mit dem Rest bis zum 28. Februar 1922 zu erfolgen. Für nicht rechtzeitig geliefertes Getreide ist Ersatz zu leisten, durch Bezahlung des Unterschieds zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Preis für ausländischen Weizen zuzüglich eines Zuschlags von 25 Prozent. Beschwerden der Erzeuger gegen die Festsetzung des Lieferungssolls sollen durch zu bildende Ausschüsse aus Erzeugern und Verbrauchern entschieden werden. Die Kommunalverbände haben bis 1. Juli d. Js. der Reichsgetreidestelle zu erklären, ob sie ihren Bedarfsanteil in Getreide oder in Mehl zugewiesen erhalten wollen. Die Reichsgetreidestelle setzt die tägliche Mehlration der versorgungsberechtigten Bevölkerung fest. Dies bezieht sich jedoch nur auf das Umlagegetreide. Die Verteilung der Brotration erfolgt nach wie vor durch Brotkarten. Mühlenkontrolle, Wirtschafts-, Mahl- und Saatkarten kommen in Wegfall. Verfütterung von Brotgetreide und Verarbeitung auf Branntwein ist verboten. Getreide alter Ernte bleibt auch im kommenden Wirtschaftsjahr beschlagnahmt, muß abgeliefert und bis 15. Juli angemeldet werden. Die wegen Ausführungsbestimmungen zu diesen reichsgesetzlichen Vorschriften werden demnächst erfolgen.

r **Verbrechen gegen das Entwaffnungsgesetz.** Stuttgart, 29. Juni. Das Schwurgericht verhandelte gegen den früher verantwortlich bezeichnenden Redakteur des „Kommunist", Richard Janus wegen eines Artikels, in dem zum Klassenhaß angereizt und den Arbeiterräten die Pflicht der Bewaffnung des Proletariats vorgehalten wird. Buchdruckereibesitzer Häring soll ein Flugblatt hergestellt haben, in dem die Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft gefordert wurde. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf Vergehen gegen das Bewaffnungsgesetz und Herstellung unerlaubter Druckschriften. Das Gericht verurteilte Janus zu 3 Monaten Gefängnis, Häring zu 330 ℳ Geldstrafe und Einziehung der Schriften.

r **Butterklemme.** Stuttgart, 29. Juni. Die Beibehaltung des bisherigen Höchstpreises beim Uebergang zur freien Wirtschaft hat, wie vorauszusehen war, eine Butterknappheit in den größeren Städten des Landes herbeigeführt. Schon von allem Anfang an bestanden namentlich in den Kreisen des Kleinhandels starke Bedenken gegen einen Höchstpreis von 16.60 ℳ weil die Spannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis gering ist, zumal wenn man die hohen Frachten u. Verpackungskosten mit in Rechnung stellt. Dazu kam, daß man in den übrigen Ländern des Reiches den Begriff der „freien" Wirtschaft richtiger und weiter faßte und davon ausging, daß der Butterpreis durch das Angebot und die Nachfrage von selbst auf eine gesunde Basis geführt werde. So kommt es, daß geriebene Erzeuger und Händler den Butter jetzt aus Württemberg verschicken u. dort bequem bis 20 ℳ und mehr für das Pfund lösen. In Berlin und an der Schweizer Grenze soll genügend württ. Butter u. Käse zu haben sein. In Stuttgart dagegen wird holländische Butter, teilweise auch holsteinische, zu 24 ℳ das Pfund verkauft. Es ist Zeit, daß man in Württemberg zur freien Wirtschaft übergeht, was dann in der Preisbildung zum Ausdruck kommen muß, oder daß man, wenn man schon an den Höchstpreisen festhält, Vorsorge trifft, daß die Butter des Landes den einheimischen Bedarfsgebieten zugeführt wird.

r **Ein Neckar-Donau-Kanalfilm.** Stuttgart, 28. Juni. Das Aktienkapital für den Bau des Neckarkanals in Höhe von 300 Millionen Mark ist voll gezeichnet worden. Zur weiteren Finanzierung werden 600 Millionen Mark in Obligationen aufgelegt werden. Der Südwestdeutsche Kanalverein hat für die Werbetätigkeit einen Film geschaffen, der in volkstümlicher Weise die Arbeiten am Kanal, die Landschaften von Ulm über Piochingen bis Mannheim zeigt und der Allgemeinheit Aufschlüsse erteilen soll. Es ist beabsichtigt, den Film in den allgemeinen Spielplan aller Lichtspieltheater aufzunehmen.

r **Lehrernachwuchs.** Stuttgart, 29. Juni. Bei der im Juni abgehaltenen zweiten Volksschuldienstprüfung wurden 54 Lehrer und 33 Lehrerinnen zur ständigen Anstellung an evangelischen Volksschulen für befähigt erklärt.

r **Ausstellungs-Schluß.** Stuttgart, 29. Juni. Die Fachausstellung für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe wurde von mehr als 137 000 Personen besucht. Der Geschäftsgang war gut. Auch an das Ausland wurden verschiedene Kaufabschlüsse und Bestellungen getätigt. Die Aussteller selbst wurden durch Preise ausgezeichnet: 24 Diplome mit goldener, 20 mit silberner und 31 mit bronzener Medaille. Die nächste Fahrt wird in Hamburg stattfinden.

r **Abbau der Zwangswirtschaft.** Stuttgart, 29. Juni. Durch eine Verfügung des Reichswirtschaftsministerium und eine solche des Württ. Ministeriums des Innern werden die bisherigen Vorschriften über den Verkehr mit Rohtabak aufgehoben.

r **Ein reuiger Dieb.** Böblingen, 29. Juni. Dieser Tage wurde einem hiesigen Bürger ein Geldbetrag für früher entwendetes Obst übermittelt. Dieser Fall verdient für solche Nachahmung, die glauben, die Ehrlichkeit sei aus der Welt geschafft.

r **Beim Kirschenpflücken abgestürzt.** Unterriexingen, 29. Juni. Karl Molt fiel von einer Kirschenleiter rücklings in einen Weinbergpfahl, der ihm in den Oberschenkel und in die Bauchhöhle eindrang. Sein Zustand ist ernst.

r **Neue Zeitung. — Neckarkanalfinanzierung.** Heidenheim, 29. Juni. Vom 1. Juli ab erscheint hier eine neue sozialdemokratische Zeitung, die „Heidenheimer Volkszeitung" als Kopfblatt der Ulmer Donauwacht. Redaktion und Expedition befinden sich hier, der Druck erfolgt in Ulm. — Der Bezirksrat beteiligt sich vorbehältlich der Zustimmung der Amtsversammlung mit 700 000 ℳ an der Finanzierung des Neckarkanals.

r **Von der Albwasserversorgung.** Urach, 28. Juni. Die letzte Albgruppe für die Wasserversorgung, die die Gemeinden Böhringen, Grabenstetten, Erpfingen, Hengen, Willmandingen, Zeiningen und Erkenbrechtsweiler mit Wasser versorgt, ist nunmehr fertiggestellt. Zwei Gemeinden, Dornstetten und Schopfloch, werden wohl noch beitreten. Der Bau, der 1913 auf 740 000 ℳ veranschlagt wurde, kam auf 9 Millionen ℳ. Der Landtag verwilligte eine halbe Million Zuschuß, außerdem wurden 2,3 Millionen ℳ Ueberteuerungszuschüsse gewährt. In dem neu erstellten Gebäude der Pumpstation im Seeburger Tal fand kürzlich die abschließende Sitzung statt, bei der seitens des Oberamtmann Adae und der Vertreter der Albgemeinden dem Erbauer dieser und so manch'r Albwasserversorgung, Oberbaurat Groß, Dank gesagt wurde. Im Juli soll noch eine Einweihungsfeier stattfinden. Die Bewohner der Uracher Alb sind glücklich, Quellwasser zu besitzen und nicht, wie in den letzten Monaten, wochenlang das Wasser in Milchkannen holen zu müssen.

r **Freigesprochen.** Heilbronn, 29. Juni. Vom hiesigen Schöffengericht wurde der Gärtner Wilhelm Vogel, der früher 10 Jahre bei der Fremdenlegion war und zwei jungen Leuten zum Eintritt in die Fremdenlegion behilflich gewesen sein soll, freigesprochen, weil ihm mit Bestimmtheit eine Schuld nicht nachzuweisen war.

r **Eine heilsame Lehre.** Vom Oberland, 29. Juni. Dieser Tage rauchte ein junges Bürschchen in einem Nichtraucher-Abteil. Die Mitreisenden machten ihn auf das Verbot in dieser Abteilung aufmerksam. Umsonst, der Bursche rauchte ruhig weiter und bemerkte, daß das niemand etwas angehe; jetzt habe man eine andere Zeit und er rauche jede Woche für 50 ℳ Zigaretten. „So alte Esel, wie z. B. im Zuge sehen", brächten das gar nicht fertig. — „Da hoscht recht, daß ich z. B. das nicht fertig bringe", sagte ein mitreisender Bauer, „aber ebbes bringt so ein alter Esel doch fertig, ich will dirs gleich zeigen", näherte sich dem Bürschchen und verschlug ihm den Kopf so, daß der freche Bursch, beide Backen haltend, eiligst den Wagen verließ und bei der nächsten Station verschwand.

r **Schöne Stiftung.** Ulm, 29. Juni. Kommerzienrat Max Wieland und Geheimrat Abg. Dr. Philipp Wieland haben zur Errichtung eines Säuglingsheims 500 000 ℳ gestiftet.

r **Regimentsfeier.** Weingarten, 29. Juni. Am 9. und 10. Juli findet hier eine Zusammenkunft aller ehemaliger Angehörigen des Inf.-Rgts. 124 (König Wilhelm I., 6. württ.) statt. Hiezu werden alle, die dem Regiment im Krieg und Frieden angehört haben, zur Erneuerung alter Kameradschaft eingeladen.

r **Auf der Spur.** Leutkirch, 28. Juni. Am Samstag wurde ein Mann vom unteren Bezirk ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, der im Verdacht steht, den Anschlag auf den Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg und den Fürsten Erich von Zeil verübt zu haben. Näheres ist noch nicht bekannt.

r **Verhaftet.** Tettnang, 29. Juni. Ein auswärtiger junger Mann wurde hier verhaftet, der etwa 2 Klg. Chinin an einen hiesigen Geschäftsmann abzusetzen versuchte. Er wurde dem Gericht übergeben.

•

r **Einbruchdiebstahl.** Von der Bayerischen Grenze, 29. Juni. Am letzten Sonntag wurde in der Mühle in Landshausen gewaltsam eingebrochen und nicht weniger als 78000 ℳ, darunter ein Scheck mit 10000 ℳ, gestohlen. In nächster Nähe der Mühle war der Eigentümer Ag mit seinem Personal bei der Heuernte beschäftigt. Das ist eine ernste Warnung an alle diejenigen, die große Geldsummen unproduktiv im Hause aufbewahren.

Vermischtes.

— **Hochwasserkatastrophe in Japan.** Langanhaltende Regengüsse und über die Ufer tretende Bäche und Flüsse haben 25 Ortschaften der japanischen Kreise Hita und Kyushu unter Wasser gesetzt. Hunderte von Gebäuden wurden durch das Hochwasser hinweggerissen und zerstört. Nach den Blättermeldungen haben mehr als 200 Personen in den Fluten den Tod gefunden.

— **Ungewöhnliche Frauenberufe.** Nach dem letzten Bericht des amerikanischen Statistischen Amtes gab es in den Ver. Staaten unter den 7 Millionen erwerbstätigen Frauen: 5 weibliche Lotsen, 78 weibliche Ingenieure, 11 weibliche Brunnenbauer, 8 weibl. Dachdecker, 185 weibl. Schmiede usw.

— **Ein „historischer" französischer Flieger gestorben.** Kürzlich ist der französische Fliegerhauptmann Marchal an den Folgen einer Operation gestorben. Er war der einzige alliierte Pilot, dem es gelang, mit dem Flugzeug Berlin zu überfliegen.

— **Das endgültige Ergebnis der amerikanischen Volkszählung.** Die mit der technischen Durchführung der Volksabstimmung in den Vereinigten Staaten betraut gewesene Behörde hat dem Parlament nunmehr die endgültigen Ergebnisse der letzten Volkszählung vom Oktober 1920 vorgelegt. Es ergeben sich darnach folgende Ziffern: Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten im Mutterlande: 105 710 620 Seelen, in den überseeischen Besitzungen 12 148 738 Seelen. Die Gesamtbevölkerungszahl der Union beträgt demnach 117 859 358 Seelen.

— **Eierschmuggel aus Bayern.** In Bayern wird neuerdings ein unerhörter Eierschmuggel und Eierwucher getrieben. Die Händler kaufen die Eier auf und versuchen sie auf allen möglichen Wegen nach außerhalb Bayerns zu bringen. Im Laufe der letzten 8 Tage sind nahezu 1½ Millionen Eier beschlagnahmt und der Oeffentlichkeit zugeführt worden.

Familiennachrichten.

Auswärtige.

Gestorben: Joh. Brenner, Schreinermstr., Kuppingen; Maria Kittel geb. Glaser, 74 Jahre, Böblingen.

Handels- und Marktberichte.

r **Pferdemarkt.** Leutkirch, 28. Juni. Am Montag fand hier der erste Pferdemarkt statt, dem etwa 100 Pferde zugeführt waren. Der Besuch des Marktes war schwach, der Handel flau. Mittlere Pferde wurden zu 5000—15 000 ℳ, schöne Tiere zu 25 000—28 000 ℳ gehandelt.

r **Heupreise.** Leonberg, 29. Juni. Die Heupreise im Bezirk bewegen sich zurzeit zwischen 35 und 40 ℳ. Wiesenheu wird mit 35 ℳ, Kleeheu mit 40 ℳ bezahlt.

Letzte Drahtnachrichten.

Oberschlesisches.

Gleiwitz, 29. Juni. Die Stadt Laband ist seit dem 27. d. M. abends von Insurgenten frei. Der Bahnhof ist noch besetzt. In der Richtung Rudzinitz sind 25 französische Lastautos abgefahren zur Abholung von englischen Truppen.

Hindenburg, 29. Juni. Die Stadt und die umliegenden Dörfer sind von Insurgenten frei. Züge abmarschierender Insurgenten passieren die Stadt.

Kattowitz, 29. Juni. Der Zug des Internationalen Roten Kreuzes wird, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nunmehr nicht verkehren, da nach der durchgeführten Räumung der wiedereinsetzende regelmäßige Eisenbahnverkehr besondere Flüchtlingszüge überflüssig machen wird.

Myslowitz, 30. Juni. Der Stadt ist eine Kontribution von einer halben Million Mark auferlegt worden. Die Bürgerschaft hat dagegen protestiert und beim Kommandanten Schritte eingeleitet.

Pleß, 29. Juni. Hier haben die Aufständischen eine neue sogenannte Grenzaufsichtsbehörde, angeblich gegen den Schmuggel, eingerichtet.

Die Vorbehalte der amerikanischen Friedensresolution.

Newyork, 29. Juni. Die „Tribune" meldet aus Washington: Die Mitglieder des von beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Ausschusses zu einer vollständigen Einigung über die Friedensresolution stimmten den vom Senat gemachten Vorbehalten zu, nach denen in der Hand des Treuhänders befindliches Eigentum solange festgehalten werden soll, bis die amerikanischen Ansprüche gegen Deutschland und Oesterreich geregelt sind, bis ferner in diesen beiden Ländern den amerikanischen Bürgern das Recht der meistbegünstigten Nation zugestanden ist und bis diese Länder alle von den Vereinigten Staaten verhängten Geld- und Haftstrafen, sowie Beschlagnahmungen anerkannt haben. Falls das Programm ausgeführt wird, soll die Resolution vor dem 4. Juli in Kraft treten.

Die Kämpfe in Anatolien.

Entgegen andern lautenden Mitteilungen, wonach Ismid in der Hand der Griechen bezw. von diesen wiedererobert ist, liegt von Paris eine Nachricht vor, daß diese Berichte erfunden und die Lage sehr ernst ist.

Paris, 30. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel vom 28. Juni haben die griechischen Truppen Ismid bereits am 27. Juni geräumt, wodurch die Kemalisten freie Bahn nach Konstantinopel haben. Die Stadt Ismid ist von ungefähr 30 000 Flüchtlingen angefüllt. Die griech. Behörden haben alle griechischen Dampfer für den Transport der Flüchtlinge nach Griechenland beschlagnahmt. Eine Anzahl der Flüchtlinge ist bereits in Konstantinopel ausgeschifft worden.

Ulster nimmt die Einladung Lloyd Georges an.

London, 29. Juni. Wie gemeldet wird, soll das Kabinett von Ulster nach kurzer Diskussion beschlossen haben, die Einladung der englischen Regierung anzunehmen. Inzwischen dauern die Truppenverstärkungen an, denn die Regierung ist der Ansicht, daß die Ordnung in Irland wieder hergestellt werden müsse, was sich auch ereignen möge.

Drei Milliarden neue Steuern in Frankreich.

In der letzten Sitzung der französischen Kammer hat der Abg. Bokanowski die Erklärung abgegeben, im kommenden Monat werde man vom Parlament drei Milliarden neue Steuern verlangen.

Das Schicksal deutscher U-Boote.

Berlin, 30. Juni. Nach dem B. L. wird die Werft von Toulon am 1. Juli die Zerstörung der deutschen U-Boote vollständig beendet haben. Von 27 U-Booten sind 11 wieder ganz in Stand gesetzt, sie werden in die französische Marine eingereiht.

Vom Reichstagsausschuß der deutschen Zentrumspartei.

Berlin, 30. Juni. Die gestrige Sitzung des Reichstagsausschusses der deutschen Zentrumspartei beschäftigte sich zunächst mit der politischen Lage. Das Referat hat der Reichskanzler Dr. Wirth. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde vor allem die Aufhebung der unerträglichen Zwangsmaßnahmen gefordert.

In einer zweiten Entschließung wird das Verbleiben eines ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland gefordert. Zum Fall Erzberger wurde mit allen gegen eine Stimme bei vier Stimmenthaltungen folgende Entschließung gebilligt: 1) der Reichsausschuß der D. Zp. nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß das Verfahren wegen Verletzung der Eidespflicht zu Gunsten des Herrn Erzberger entschieden ist.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

2) Erzberger erklärt, daß die Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit von der gesamtpolitischen Lage abhängt. Er legt dabei Wert auf die Feststellung, daß er in seiner politischen Wirksamkeit stets bestrebt sein wird, die Einigkeit innerhalb der Partei und der Fraktion zu pflegen.

Japan für allgemeine Abrüstung.

London, 30. Juni. Reuter meldet aus Tokio, daß der Verband der Handelskammern Japans eine Entschließung angenommen habe, in der es heißt, jetzt, nachdem der Völkerbund eine vollendete Tatsache sei, müßten die Rüstungseinschränkungen in allen Ländern ernstlich erörtert werden. Die Entschließung besage außerdem, daß Japan mit den Mächten bezüglich der Abrüstung ein Uebereinkommen schließen müsse, damit der internationale Frieden gewährleistet und mehr Energie der industriellen Entwickelung zugewandt werde.

Französische Schutzzölle.

Paris, 30. Juni. Heute soll durch ein Dekret der franz. Regierung, das im „Journal Offiziell" veröffentlicht werden wird, der Getreideeinfuhrzoll, der bisher 7 Francs betrug, auf 14 Francs und der Zoll auf Zucker von 20 auf 50 Francs erhöht werden.

Eine neue industrielle Krise in England.

London, 30. Juni. Wie die Blätter melden, scheint eine neue industrielle Krise den Kohlenstreik ablösen zu wollen. Die Abstimmung des Maschinenbauerverbandes über die Vorschläge der Unternehmer bezüglich der Herabsetzung der Löhne ergab 257 532 Stimmen gegen und nur 125 014 St. für die Annahme der Vorschläge der Unternehmer. Der Vorsitzende des Verbands erklärte jedoch, daß trotzdem eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden werden würde.

Zehn Monate Dienstzeit in Belgien.

Brüssel, 29. Juni. Die Heereskommission hat mit 10 gegen 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen einen Gesetzentwurf angenommen, der für die Infanterietruppen der Jahrgänge 1920/21 und 1922 die Dienstzeit auf 10 Monate festsetzt.

Letzte Kurz-Meldungen.

In Prag hat der Streik der tschechischen und deutschen Bankbeamten gestern mit aller Schärfe eingesetzt.

Aus Meekatharra in Australien wird die Entdeckung bedeutenden Goldvorkommens gemeldet.

In Darmstadt wurde eine 72jährige Frau, die auf Besuch weilte, von einem farbigen Franzosen überfallen und vergewaltigt. Desgleichen wird ein nicht gelungener Vergewaltigungsversuch an einem 13jährigen Mädchen aus St. Goar bei Köln und ein gelungener an einem 17jährigen Mädchen aus Bischweiler gemeldet.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Besitzsteuer.

Der Vulkanausbruch auf Stromboli nimmt nach Meldungen aus Rom bedrohlichen Umfang an. Die Bevölkerung verläßt panikartig die Insel. Die Regierung sendet Schiffe zu Hilfe.

Die polnischen Insurgenten schleppen bei ihrem Rückzug aus Oberschlesien sämtliches Eisenbahnmaterial mit sich, sodaß es unmöglich ist, im geräumten Gebiet den Eisenbahnverkehr wieder einzurichten.

Im ersten Reparationsjahr soll Deutschland im ganzen 1300 Millionen Goldmark zahlen, während der Rest von 700 Millionen durch die Einfuhrzölle der Ententestaaten und in Sachleistungen beglichen werden soll.

Auf dem internationalen Handelskammertag in London sprach sich der englische Lordkanzler Birkenhead scharf gegen den Ausschluß Deutschlands von diesem Kongreß aus.

Der „Manchester Guardian" veröffentlicht eine Sammlung von empörenden Fällen polnischen Terrors gegenüber den oberschlesischen Deutschen.

Aus Lunéville in Frankreich wird gemeldet, daß gestern früh ein Truppentransport aus dem Rheinland mit einem Zug, der bei Lunéville rangierte, zusammengestoßen ist; 3 Soldaten wurden getötet, 15 verwundet. Die Gleise waren mehrere Stunden lang nicht befahrbar.

Wie aus Washington berichtet wird, ist man dort der Zuversicht, daß Präsident Harding die Resolution, die den Friedenszustand mit Deutschland herbeiführt, noch im Laufe der Woche unterzeichnen wird.

Nach einer Meldung der „Tägl. Rundsch." aus Düsseldorf sind im neuveletzten Gebiet nach einer neuen Verfügung vor der Genehmigungserteilung zu einer Versammlung, die in dieser zu haltenden Reden der Besatzungsbehörde vorzulegen.

Der „Matin" meldet aus Athen, daß die Generalmobilisierung mit der Einberufung aller Reserven begonnen habe.

Den Verhandlungen im Prozeß Stenger und Crusius vor dem Reichsgericht in Leipzig wohnt auch der holländische Kriegsgerichtspräsident von Slooten bei.

Reuter meldet aus Melbourne in Australien, daß die australische Schiffahrtslinie den Verkehr mit Deutschland wieder aufnehme. Der Dampfer „Dongarra" wird außer für Antwerpen und London auch für Hamburg laden.

Mutmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.
Vereinzelte Gewitter, sonst trocken und warm.

Amtsgericht Nagold.

Im Handelsregister

Abtlg. für Einzelfirmen Band 1 Blatt 290 ist heute bei der Firma Adolf Gropp in Rohrdorf eingetragen worden: „Inhaber der Firma ist Adolf Gropp, Fischzüchter in Rohrdorf." 2909

Den 27. Juni 1921. Obersekretär Talmon-Gros.

Selbsthilfeverkauf.

Im Auftrag verkaufe ich am **Dienstag den 5. Juli von nachm. 1 Uhr ab** auf dem Lagerplatz beim Sägewerk des **Georg Kübler in Bösingen** OA. Nagold wegen Nichtabnahme nach § 373 H. G. B.

1385 Stück 24 mm starke Fichtenseitenbretter in Längen von 2,40—5,70 m u. Breiten von 4—12 zus. 700,31 qm mit 16,807 cbm.

in öffentlicher Versteigerung gegen bar an den Meistbietenden.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 25. Juni 1921.

2882 Hartstein, Gerichtsvollz.

Großes Aufsehen erregt das neue Modell der

:: Torpedo-Schreibmaschine ::

— **Unübertroffen in Leistung und Technik.** —

Ein Meisterwerk deutscher Technik!

Prospekt, Vorführung und sofortige Lieferung zu Originalfabrikpreisen durch den Alleinvertreter für den Schwarzwald

Louis Schleh, Bürobedarf, Freudenstadt.

Telefon Nr. 27. 2708 **Lieferant erster Firmen.**

Mk. 2000 pro Monat

und mehr durch hohe Provision und baren monatlichen Zuschuß **erhalten rührige, angesehene Herren,** denen daran liegt, sich eine gute **Existenz** zu gründen, durch den Vertrieb eines bestens eingeführten und begutachteten Artikels.

Erforderliches Kapital ℳ 3000.—.

Reflektanten erfahren Näheres unter **S. K. 3506** durch **Rudolf Mosse, Stuttgart.** 2900

Inserieren
bringt
ERFOLG!

Amtl. Taschen-Fahrpläne
bei Buchhdlg. **Zaiser,** Nagold.

Unterzeichneter setzt eine zum 5. Mai 35 Wochen trächtige

Nutz- und Schaff-Kuh
dem Verkauf aus. 2917
Joh. Bihler, Maurer
Effringen.

Ein jüngerer, zuverlässiger 2899

Bierführer

als zweiter kann sofort eintreten.

Wilh. Rothfuß, Bierdepot.
Wildberg.

Suche auf 15. Juli ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

für Küche in Konditorei und Café nach Stuttgart.
Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. 2866

Tausende Liter frische

Milch werden täglich gebraucht zur Herstellung der unübertroffenen **Van den Bergh's** Spezialmargarine

„Vitello"

2832

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Radf.-Verein Nagold.
Freitag abend 9 Uhr Uebungsplatz aus 2914
Monats-Versammlung
in der „Schwane".

---

la Marmelade
(Restposten)
per Pfund Mk. 3.—
bei 10 Pfund Mk. 2.80
empfiehlt als Ausnahmeangebot 2904
Löwendrogerie Nagold.

Bestellungen
auf täglich frisch eintreffende
Einmachträuble
sowie **Heidelbeeren**
nimmt entgegen. 2916
Ludwig Reck
Obst- und Gemüsehandlung
Nagold. Telephon 76.

Nagold.
Kräftiger
Junge
findet gute Lehrstelle (ohne Verpflegung) bei 2915
M. Wurster, Schreinermeister.

Pr.-Süddeutsche Klassen-Lotterie
Ziehung 1. Klasse 12. und 13. Juli
2 ev. Höchstgewinne Mk.
1½ Millionen
Hauptgew. u. Prämien Mk.
2 mal **750 000**
4 mal **500 000**
4 mal **300 000**
2 jedes 2. Los gewinnt!
Preise pro Klasse Mark
Achtel Viertel Halbe Ganze
10 20 40 80
für alle Klassen Mark
50 100 200 400
empfiehlt
Hetzer
Wirt. Lotterie-Einnehmer
Stuttgart, Friedrichstr. 56
Fernsprecher 10113
Postscheckkto. Stuttgart 5360

Effringen. 2911
Schönes
Stroh
verkauft
Gottlieb Bechtold.

Nagold-Rotfelden.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Samstag, den 2. Juli 1921

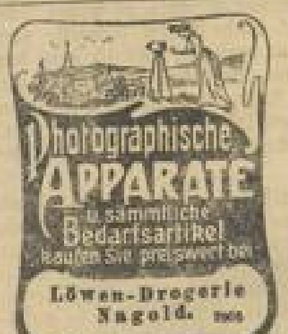
in das Gasthaus z. „Anker" in Nagold freundlichst einzuladen.

Karl Huber	**Anna Bachmann**
Sohn des Johs. Huber, Steinhauer, Nagold.	Tochter des Fr. Bachmann, Küfermeister, Rotfelden.

Kirchgang Nachmittags 1 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen. 2903

Zu ℳ 28.— vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhdlg., Nagold.



Carbolineum

Ia. Oelware
empfiehlt billigst
K. Ungerer, Nagold
2901 Telef. Nr. 4.

Lehrverträge

sind wieder vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhdlg.,
Nagold.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw